

Stolper Post

Tageszeitung
für Stadt und Land

Amliches
Publitions-Organ



Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten im Stadtbezirk Stolp 10 Goldpfennig, für Stellensuche und Familienanzeigen 50% Nachlass; die gespaltene Kleinzeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland

Nr. 187

Stolp, Freitag, den 12. August 1927

51. Jahrgang

So „feiern“ sie die Verfassung!

Ständische Vorgänge in Halle.

Halle, 11. August. (M.A.) Bei der Verfassungsfeier in dem überfüllten Thalia-Saal wurde der Festredner, Professor Dr. Menzer, der über Unübersicht und das deutsche Volk sprechen wollte, schon nach den ersten einleitenden Sätzen durch Zwischenrufe und Pfeifen unterbrochen. Ein großer Teil der Anwesenden erhob sich auf Aufforderung eines Teilnehmers und sang das Reichsbannerlied. Darauf verließ Professor Menzer das Rednerpult. Der Führer des Reichsbanners hielt dann eine Ansprache über das Deutschland von früher und jetzt. Als er von dem „versuchten alten Regime“ sprach und die deutschen Universitäten als Hort der Reaktion bezeichnete, verließen Rektor und Universitätsprofessoren den Saal und der größte Teil der Vertreter der Behörden folgte ihnen.

Dieser Vorfall allein beweist schon zur Genüge, daß die „Verfassungsfeier“ keine Angelegenheit des deutschen Volkes ist und eine solche auch nie und nimmer werden kann.

Teilnahmslosigkeit der Berliner Bevölkerung.

Berlin, 11. August. Es verrät schon eine ungeheure Skrupellosigkeit, wenn die Linkspresse es heute unternimmt, ihren Lesern, die sich doch mit eigenen Augen überzeugen konnten, vorzuerzählen, die Stadt Berlin bilde „ein einziges schwarz-rot-goldenes Flaggennetz“. Das Gegenteil ist der Fall. In seiner weitläufigen überwindenden Mehrheit hat sich das Berliner Volk weder um die letzte Flaggenvorordnung der preussischen Regierung, noch um die Plakataufrufe des roten Magistrats, noch um die schon seit Tagen andauernden Aufforderungen der sozialdemokratischen und demokratischen Mütter gekümmert. Selbst in Stadtvierteln, die bei den Wahlen den größten Prozentsatz der Linkstimmen ergaben und wo der Terror erfahrungsgemäß seine größte Macht ausübt, war die Beflaggung der Häuser höchst mäßig. In den übrigen Stadtvierteln zeigten sich nur hier und da einzelne schwarz-rot-goldene Kinderfahnen an den Balkonen und Fenstern. Im Westen und Süden gab es hunderte von Straßen, wo sich nicht einmal ein schwarz-rot-goldenes Fähnchen erblicken ließ. Lediglich die amtlichen Gebäude sowie gezwungenermaßen die Straßenbahnen und Omnibusse „prangten“ in den Farben der Republik. Von einer Anteilnahme der Bevölkerung, geschweige denn von einer Begeisterung dürfte auch der objektivste Beobachter nichts entdecken haben.

Die Veranstaltung im Reichstag.

Berlin, 11. August. Um 11,55 Uhr rückte die Ehrenkompanie der Reichswehr mit klingendem Spiel an und nahm vor der Freitreppe des Reichstagsgebäudes Aufstellung. Kurz vor 12 Uhr erschien Reichskanzler Marx mit den Reichsministern im Saal. Links vom Präsidentenpodium hatten die Vertreter der Länder Platz genommen. Punkt 12 Uhr betrat, während die Festteilnehmer sich erhoben, Reichspräsident von Hindenburg die Präsidententribüne, dankte durch dreimaliges Verneigen und nahm Platz.

Die Feier wurde eingeleitet durch den Vortrag von Goethes „Talismano“ durch den Sprechchor an der Universität und am Sportforum.

Hierauf nahm Reichstagsabgeordneter von Kardorff das Wort zu seiner Festrede, in der er u. a. darauf hinwies, daß man, um die Bedeutung des Tages gebührend zu würdigen, sich der schweren Novembertage des Jahres 1918 erinnern müsse. Eine Verfassungsreform werde erst möglich sein, wenn die Verhältnisse in Deutschland völlig zur Ruhe gekommen seien. Zu fordern sei eine billiger arbeitende innere Verwaltung durch Rationalisierung des Behördenapparates. Der Redner streifte dann außenpolitische Fragen, wobei er die nötige Einsicht gegenüber der Bedeutung der internationalen Wirtschaftspolitik forderte.

Die Gefahr eines neuen Weltkrieges müsse vermieden werden, da sonst die alte europäische Kulturwelt vernichtet werden würde. Deutschland habe seinen Friedenswillen durch den Eintritt in den Völkerbund und seine Entwaffnung bewiesen. Trotzdem ständen noch heute fremde Truppen auf deutschem Boden. Auch habe Deutschland im Dawes-Plan Reparationslasten zu erfüllen, die weit über seine Kräfte gingen.

Darauf ergriff Reichskanzler Marx das Wort zu einem Hoch auf das deutsche Volk und Vaterland. Die Versammelten stimmten dreimal in den Ruf des Reichskanzlers ein. Darauf sang die Versammlung stehend den ersten und letzten Vers des Deutschland-Liedes.

Noch Schluß der Feier begab sich der Reichspräsident und die Festversammlung durch das Hauptportal zur großen Freitreppe, vor der der Reichspräsident die Front der Ehrenkompanie in Begleitung des Generals Hebe und mit den ihr beauftragten Generalen von Hoffe und Seberin erst unter den Klängen des Präsentiermarsches, dann unter den Klängen des Deutschland-Liedes abschritt.

Auch München ohne Flaggen.

Berlin, 11. August. Wie aus München gemeldet wird, spürte man auch dort vom Verfassungstag so gut wie nichts. Lediglich die Gebäude der Reichsbehörden haben in den offiziellen Farben, die bayerischen staatlichen Gebäude aber, entsprechend einer Verordnung des Staatsministeriums, nur in den Landesfarben weißblau geflaggt. Sowohl im Innern der Stadt als auch in den Außenbezirken findet man so gut wie keine Beflaggung der Häuser.

Polen und Schwarzrotgold!

Wachung der deutschen Reichsfarben.

Danzig, 11. August. Wie noch erinnerlich sein dürfte, wird heute es jederzeit in der Danziger wie auch in der deutschen Öffentlichkeit viel Staub auf, daß aus Anlaß des polnischen Nationalfeiertages am 3. Mai das deutsche Generalkonsulat in Danzig die deutsche Reichsflagge gehißt hatte, während nicht einmal das amtliche Danzig die Danziger Flagge zu Ehren des polnischen Nationalfeiertages hißte. Man brachte durch diese Nichtbeflaggung auf Danziger Seite damals zum Ausdruck, daß man nicht gefonnen sei, die vielen Beweise bösen polnischen Willens gegenüber Danzig durch diplomatische Höflichkeiten zu beantworten. Desto erstaunter war man, daß das Generalkonsulat des Deutschen Reiches zu Ehren der Polen geflaggt hatte. Es wurde damals erklärt, daß der Doyen des diplomatischen Korps, in diesem Falle der dänische Generalkonsul, die Beflaggung für das ganze diplomatische Korps in Danzig angeordnet habe und das deutsche Generalkonsulat sich dieser Anordnung nicht habe entziehen können.

Um so gespannter war man heute, ob der diplomatische Doyen aus Anlaß des deutschen Verfassungstages die gleiche Anordnung treffen und ob das polnische Generalkonsulat in Danzig zu Ehren des Deutschen Reiches die polnische Flagge hissen würde. Aber nichts dergleichen ist geschehen. Kein ausländisches Konsulat hat geflaggt. Auf eine Anfrage an zuständige Stelle wurde erklärt, daß die Anordnung betreffs des polnischen Nationalfeiertages deshalb ergangen sei, weil Polen die auswärtige Vertretung Danzigs habe.

Diese Logik ist von einer herausfordernden Unverschämtheit. Danzig legt auf die Vertretung seiner auswärtigen Interessen durch Polen bekanntlich nicht den geringsten Wert. Im Gegenteil ist dies ein durch den Versailler Schandvertrag ihm aufzwingender, höchst unerwünschter Zustand, der schon zu den größten Reibungen zwischen Danzig und Polen geführt hat. Durch die Anordnung des dänischen Generalkonsulats ist aber praktisch erreicht worden, daß das deutsche Generalkonsulat am polnischen Nationalfeiertag die deutsche Reichsflagge hißte, während das polnische Generalkonsulat seine Flagge an deutschen Verfassungstagen nicht zu hissen beliebt. — Kommentar überflüssig.

Attentat auf Erzönig Georg II.

Der König unverletzt.

Nach einer Meldung aus Theresiopol wurde auf den ehemaligen König Georg II. von Griechenland auf der rumänischen Grenzstation Kifinda, wo er sich auf der Durchreise von Bukarest nach Belgrad befand, ein Attentat versucht.

Eine größere Menschenmenge wartete auf den Zug, als plötzlich ein etwa 30jähriger Mann sich vordrängte und sich als rumänischer Journalist ausgab. Die Polizisten wollten ihn nicht durch den Korridor lassen, doch gelang es ihm schließlich doch, auf den abgeperrten Teil des Bahnsteigs zu kommen. Als der Zug hielt und der König aus dem Fenster heraus sah, gab der Unbekannte mehrere Schüsse auf den König ab, die aber fehlgingen.

Bei seiner Verhaftung fand man bei dem Mann noch einen Revolver und verschiedene den Attentäter kompromittierende Schriften vor. Er wurde dem Gericht übergeben.

Hörzing triecht zu Kreuze.

Der Bundesvorstand des Reichsbanners und die letzten Ereignisse.

Magdeburg, 10. August. Ueber die gestern hier abgehaltene Bundesvorstandssitzung des Reichsbanners Schwarzrotgold wird vom Bundesvorstand mitgeteilt:

An der Sitzung nahmen alle Bundesvorstandsmitglieder aus den verschiedenen Parteien teil. Bundesvorsitzender Hörzing legte noch einmal die Gründe dar, die ihn bewogen haben, sein Amt als Oberpräsident niederzulegen, schilderte die Lage, aus der heraus er sich zu seinem sogenannten Wiener Aufbruch berechtigt und verpflichtet fühlte, würdigte (?) die gegen den Aufbruch vorgebrachten Bedenken und versicherte, er habe sich überzeugt, daß der Austritt des Reichskanzlers Marx aus dem Reichsbanner ein Schritt des Reichskanzlers

Falsche Propheten.

Daß die Zersplitterung in der Landwirtschaft, daß die Sonderorganisation und organisatorischen dem landwirtschaftlichen Gewerbe insgesamt, und dem Bauernstande insbesondere schädlich sind, das hat jetzt auch der bisherige Führer eines bäuerlichen Sonderbundes, Dr. Böhme, erkannt und anerkannt mit den Worten:

„Die formelle Gleichberechtigung des Bauernstandes ist heute überall vorhanden; wo sie sich nicht praktisch durchgesetzt hat, da liegt es an den Bauern selbst. Es wäre auch unehrlich, nicht zuzugestehen zu wollen, daß auch in der Steuerfrage wesentliche Fortschritte im Sinne eines gerechten Ausgleiches für den Bauernstand erreicht worden sind. Auf dem flachen Lande wird das allgemein zugegeben.“

So etwas werden aber die Führer der Bauernzersplitterungsbünde nicht zugeben, sonst würden sie ja ihre Existenzberechtigung verlieren. Es ist doch auch bezeichnend, daß, wie die Presseorgane dieser Sonderbünde zum landwirtschaftsfeindlichen Zeitungskrieg der Großstadtpresse gehören, die Führer und Sprecher dieser bäuerlichen Sonderbünde keine Bauern, keine Landwirte sind. Von ihren großen Worten von idealistischer Bauernpolitik bleibt nichts übrig als berufsmäßige Beredsamkeit. Und doch kann eine bäuerliche Organisation nicht ohne idealistische Auffassung von Bauernpolitik sein, denn Dienst an der Landwirtschaft ist Dienst am Vaterlande. Es lautet auch der Wahlspruch des Reichs-Landbundes. Zu der berufsmäßigen Junft der parteilichen Funktionäre und ihrer Führerschaft in den landwirtschaftlichen Zersplitterungsbünden liegt das Verhängnis, das Dr. Böhme mit den Worten kennzeichnet:

„Es besteht die große Gefahr, daß sich an solche Organisation solche Leute herandrängen, die nicht eigentlich zum Bauernstand gehören, oder ihm durch langjährige andersartige Lebensweise völlig entrückt sind, die lediglich persönliche Interessen, oft Mandatszwecke, verfolgen und dazu die Bauernorganisation mißbrauchen wollen.“

und nicht des Parteiführers Marx gewesen ist. Hörzing erklärte, er werde an der überparteilichen Grundlage des Reichsbanners nicht rütteln lassen (!). Er werde alles tun, um auch bei dringenden Anlässen vor Erlaß wichtiger Klageerhebungen das Einverständnis aller Bundesvorstandsmitglieder einzuholen.

Als Wortführer der „Kameraden der Zentrumsparlei“ sprachen die Reichstagsabgeordneten Zoos und Dr. Crone, für die Demokraten Landtagsabgeordneter Dr. Bohner und Major a. D. Hauff, für die Sozialdemokraten Höltermann und Krüger. Alle Redner wünschten enge Fühlungnahme und ständige Verbundenheit mit allen Organen des Bundes, um das Handeln des Reichsbanners jederzeit in Uebereinstimmung mit seiner überparteilichen Grundlage zu bringen.

Von Kreisen, die dem Reichsbanner feindlich oder fremd gegenüberstehen, sei behauptet worden, die organisatorische Struktur des Reichsbanners bedinge das Uebergewicht der Sozialdemokraten, demgegenüber versuchte man nachzuweisen, daß Gaue, deren Mitglieder weit überwiegend aus Sozialdemokraten bestehen, von Gauvorständen geführt werden, in denen Demokraten und Zentrum die Mehrheit besitzen. Es wurde festgestellt, daß grundlegende organisatorische Veränderungen nicht notwendig sind, um die Ueberparteilichkeit des Führers zu sichern.

Ueber die Notwendigkeit, das Reichsbanner als überparteiliche Organisation aller deutschen Republikaner zu erhalten, werden in aller Öffentlichkeit gelegentlich der Leipziger Bundesverfassungsfeier Hörzing, Dr. Crone, Dr. Wirth und Erkelenz sprechen.

Ueber die kampfhaften Bemühungen der „Kameraden der Zentrumsparlei“ (wie sie sich jetzt schon sehr absichtlich nennen), die vielberufene „Ueberparteilichkeit“ des Reichsbanners festzustellen, kann man zur Tagesordnung übergehen. Bloße Behauptungen machen noch lange keine Tatsache. Und über kurz oder lang kommt es bei diesem Bundesvorstand ja doch zum Klagen. Daß die Hufarenritte des Genossen Hörzing schon diesmal den Zentrumsleuten in seiner Garde klug in die Nase gestiegen sind, beweist jedenfalls die Tatsache zur Genüge, daß sich der edle Magdeburger Grobschmied, ob er will oder nicht, mit einer solchen Anschuldigung vor aller Öffentlichkeit blamieren muß.

Ein Friedensengel.

Gegen den General von Schönaich ist von seiten des Oberreichsanwalts ein Ermittlungsverfahren wegen versuchten Landesverrats eingeleitet worden. Herr Schönaich hat es darauf für nötig befunden, sich jammernd an die „Vossische Zeitung“ zu wenden und festzustellen, daß es sich bei diesem

